



UNIVERSITÄT ZU LÜBECK
PRÄSIDIUM

Schleswig-Holsteinischer Landtag Kommissionsvorlage 17/63

Universität zu Lübeck · Der Präsident
Ratzeburger Allee 160 · 23562 Lübeck

An die
Enquetekommission
„Norddeutsche Kooperation“
Herrn Markus Matthießen
Schleswig-Holsteinischer Landtag

24171 Kiel

Der Präsident
Prof. Dr. med. Peter Dominiak

Ratzeburger Allee 160
23562 Lübeck

Tel. +49 451 500 3000
Fax +49 451 500 3033

praesidium@zuv.uni-luebeck.de
<http://www.uni-luebeck.de>

25. Februar 2011

Sehr geehrter Herr Matthießen,

die Universität zu Lübeck bedankt sich für die Anfrage der Enquetekommission und die damit verbundene Möglichkeit, ihre Sicht zu den Chancen einer verstärkten Norddeutschen Kooperation darzustellen.

Auf welchem Wege kann im Bereich Wissenschaft die Kooperation zu einer Stärkung der norddeutschen Bildungslandschaft führen?

Der optimale Weg aus Sicht der Universität zu Lübeck wäre die Bildung eines gemeinsamen norddeutschen Bundeslandes. Im Vorgriff (und weniger als Alternative hierzu) würde der Wissenschaftsbereich bereits von einer zwischen den Ländern enger abgestimmten Wissenschaftspolitik und -administration profitieren.

Perspektiven in der norddeutschen Hochschulentwicklung und Möglichkeiten einer gemeinsamen Wissenschaftspolitik

Welche länderübergreifenden Erfolgsprojekte gibt es?

Welche Perspektiven werden gesehen ?

Machen "norddeutsche Initiativen" Sinn? (Oder spielt räumliche Nähe keine Rolle?)

Welche wissenschaftspolitischen Impulse wären denkbar?



Die Anfänge einer strukturierten Kooperation zwischen den Universitäten des Nordens reichen in die 90ziger Jahre zurück und führten 1994 zur Gründung des Verbundes Norddeutscher Universitäten. Ziel dieser Kooperation ist die Abstimmung und der systematische Austausch zu zentralen Fragen der Hochschulpolitik. Neben konkreten Projekten im Rahmen der Qualitätssicherung in der Lehre sollte dieses Netzwerk auch als hochschulpolitisches Forum dienen.

Die Entwicklung der letzten zehn Jahre zeigt aber, dass solche Formen der Kooperation nicht mehr ausreichen. Grund ist, dass Universitäten zur Erfüllung ihrer Ziele ihre von den Ländern getragenen Basisfinanzierungen immer stärker durch Mittel Dritter, die meist aus Bundes- bzw. EU-Quellen stammen, ergänzen müssen. Im Gegensatz zu früheren Jahren betrifft dies nicht mehr nur die Forschung, sondern in zunehmenden Maße auch die Bereiche Lehre, Technologietransfer und Gleichstellung. Dabei gewinnt die Einbettung der antragstellenden Einrichtung in ein funktionierendes wissenschaftliches Umfeld immer größere Bedeutung. Zum einen kann oftmals nur so die für eine erfolgreiche Antragstellung notwendige Infrastruktur dargestellt werden. Zum anderen nimmt die Zahl der Ausschreibungen zu, bei denen Verbundanträge mit räumlich benachbarten Institutionen von Vorteil sind bzw. explizit gefordert werden.

Für die Universität zu Lübeck mit ihrem spezifischen Fächerprofil und ihrer geographischen Lage gewinnen dabei neben den Partnern aus dem Hochschulraum Schleswig-Holstein zunehmend die Beziehungen zum benachbarten Hamburg aber auch nach Wismar, Lüneburg und Rostock hin an Bedeutung. So war ein nicht unwesentliches Element für die erfolgreiche Teilnahme der Universität am Exzellenzcluster „Entzündung an Grenzflächen“ ihre Kooperation mit dem DESY in Hamburg. Und die jüngsten Erfolge der Universität als potentieller Partner der künftigen Deutschen Zentren der Gesundheitsforschung in den Bereichen Infektionsforschung, Herz-Kreislauf-Forschung und Lungenforschung wären ohne Einbindung von Partnern aus Hamburg nicht möglich gewesen.

Ein weiteres überzeugendes Beispiel für die Notwendigkeit, konzertiert über räumlich größere Regionen zusammenarbeiten zu müssen, um erfolgreich an großen Ausschreibungen teilnehmen zu können, sind die Bewerbungen als Spitzencluster im Bereich der Medizintechnik



beim BMBF. Nur mit der Norgenta, einer gemeinsamen Einrichtung der Länder Schleswig-Holsteins und Hamburgs zur Förderung der Life Sciences, die koordinierend und übergreifend die Antragsstellung geleitet hat, war es möglich, kompetitiv in diese Ausschreibungen zu gehen. Die durch den Bau der Hanse-Belt-Querung erwartete ökonomische Stärkung der von Hamburg über Lübeck nach Dänemark reichenden Hase-Belt Region wird zukünftig noch bessere Rahmenbedingungen für solche wirtschaftsnahen Forschungskooperationen bieten.

Neben dem beschriebenen Vorteil von Kooperationen beim Wettbewerb um finanzielle Mittel gewinnen enge Beziehungen zu benachbarten Einrichtungen aber auch beim Wettbewerb um die besten Köpfe zunehmend an Bedeutung. Denn nur so kann eine international kompetitive forschersiche und soziale Infrastruktur angeboten werden.

Deswegen hat die Universität in ihrem am 9. Juni 2010 verabschiedeten Struktur- und Entwicklungsplan klare Ziele für den Ausbau der Kooperationen mit der Metropolregion Hamburg formuliert. Im Mittelpunkt steht dabei die Forschung, wobei für sämtliche Forschungsschwerpunkte der Universität ein Profit aus der Kooperation mit Einrichtungen der Metropolregion gesehen wird. Aber auch die Frage des Technologietransfers im Rahmen der Entwicklung der Medizintechnik oder Probleme des Personalmanagements (Stichwort Möglichkeiten für Dual-Career-Angebote an zu rekrutierende Spitzenforscher) sind Inhalt der Planung. Dabei sind die Entwicklung der Kooperationen mit der Universität Hamburg samt des Universitätsklinikums Eppendorf, den Leibniz-Einrichtungen und dem in der Helmholtz-Gemeinschaft verankerten DESY gleichermaßen von Bedeutung.

Die Entwicklung eines norddeutschen Wissenschaftsraumes könnte die Sichtbarkeit und Konkurrenzfähigkeit der in ihm vertretenen Hochschulen gerade in zukunftssträchtigen Bereichen wie der Meeresforschung, der Medizin und der Medizintechnik stärken. Gemeinsames Auftreten im Rahmen von Förderprogrammen des Bundes, der EU und anderen internationalen Fördermittelgebern sollte dabei ein wichtiges gemeinsames Ziel sein.



Möglichkeiten und Grenzen von "Arbeitsteilung" im Hochschulbereich

In welchen Bereichen könnte die Kooperation intensiviert werden?

Welche Voraussetzungen müsste Politik schaffen, um Kooperationen zu ermöglichen?

- abgestimmte, gemeinschaftlich finanzierte Programme zur Entwicklung von Infrastrukturen, wobei im nationalen und internationalen Maßstab sichtbare Schwerpunkte besonders zu fördern sind
- abgestimmte, gemeinschaftlich finanzierte Programme zur Vorbereitung und Förderung der Teilnahme an nationalen und internationalen Ausschreibungen, die Verbundanträge erfordern
- Abbau bürokratischer Hemmnisse für Kooperationen

Gibt es Bereiche, in denen Landesgrenzen und Bildungshoheit der Länder ein Hindernis darstellen?

Eine auf das einzelne kleine Bundesland fokussierte Entwicklungsplanung macht für den Hochschulbereich ebenso wenig Sinn wie die Einführung von landeseigenen Anreiz- und Wettbewerbssystemen zwischen den wenigen Hochschulen eines Landes mit miteinander kaum vergleichbaren Profilen. Aufgrund der geringen Fallzahlen und mangelnden Vergleichbarkeit der Wettbewerber droht jedes abstrakt-generelle Wettbewerbssystem zu einer mit Festlegung der Wettbewerbsparameter bereits vorab getroffenen konkret-individuellen Umverteilungs-Entscheidung zu verkommen.

Gäbe es Effizienzgewinne bei einer intensiveren Kooperation? Wenn ja, in welchen Bereichen?

Der Gewinn einer intensiveren Kooperation - vor allem auf Ebene der politischen und ministeriellen Entscheidungsträger - wären geringere Reibungsverluste sowie verbesserte Möglichkeiten von stärker wissenschafts- als wissenschaftspolitisch motivierten Kooperationen der wissenschaftlichen



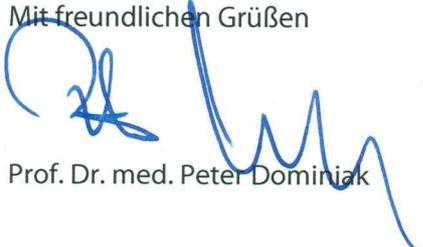
Akteure. Dies führt im Ergebnis zu einem effizienteren Ressourceneinsatz von knappen Landesmitteln und zu einem größeren Erfolgspotential hinsichtlich der Einwerbung von Mitteln des Bundes und der EU. Mit Einführung eines gemeinsamen Wissenschaftsraums könnte die bislang fehlende kritische Masse für die Einführung kompetitiver Finanzierungssysteme oder auch die Implementierung gemeinsamer Benchmarking-Verbünde erreicht werden.

Die Patentverwertungsagenturen der beiden Länder Schleswig-Holstein und Hamburg haben das Problem der fehlenden kritischen Masse erkannt und arbeiten derzeit an einer Fusion. Nur in einer gemeinsamen Struktur wird die Zahl der verwertbaren Patente ausreichen, um langfristig überlebensfähig zu bleiben. Hier ergeben sich Effizienzgewinne unmittelbar. Bei der Umsetzung der Fusion, die bereits seit fast zwei Jahren verhandelt wird, zeigt sich die Kleinteiligkeit der derzeitigen administrativen Strukturen und die sich daraus ergebende Komplexität der Abstimmungsprozesse.

Wie beurteilen Sie die Chancen und Risiken eines neuen norddeutschen Bundeslandes für Ihren Arbeitsbereich?

Die Erfolge wissenschaftlicher Einrichtungen größerer Bundesländer weisen auf einen unabhängig von der parteipolitischen Ausrichtung der jeweiligen Landesregierung systemischen Standortvorteil hin. Daher ist aus Sicht der Universität zu Lübeck ein gemeinsames norddeutsches Bundesland jedenfalls für den Wissenschaftsbereich unverzichtbar, wenn der norddeutsche Wissenschaftsraum im globalen Wettbewerb langfristig bestehen will. Schwerwiegende Risiken, die dem Wissenschaftssystem mit der Errichtung eines norddeutschen Bundeslandes entstehen könnten, werden nicht gesehen.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. med. Peter Dominjak